

Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017

INI146

I.	Wir wollen einen neuen Gesellschaftsvertrag	04
II.	Sozialstaat statt „Bedarfsgemeinschaft“	04
	Wir wollen keinen „Wohlverhaltensstaat“	04
	Bedingungsloses Grundeinkommen	04
	Neuordnung des Sozialsystems	04
III.	Im Alter selbstbestimmt leben	05
	Bisheriges Rentenversicherungssystem ersetzen	05
	Wir wollen keine „fürsorgliche, bzw. vorsorgliche Entmündigung“	05
	Demenzkranke als Probanden der Pharmaindustrie	05
IV.	In die Zukunft investieren	06
	Gemeinwohlorientierte Wirtschaft statt Wachstums- u. Verwertungszwang	06
	Ideen und Konzepte im Verkehrsbereich endlich umsetzen	06
	Neue Technologien innovationsfördernd einsetzen	06
	<i>Wohlstand der Nationen</i> unter gemeinwohlorientierten Bedingungen	07
	Globalisierung heißt, sinnhafte Infrastrukturen zu exportieren	07
V.	Steuern müssen steuern	07
	Umbau und Erneuerung des Steuersystems	07
	Jeder ist steuerpflichtig	07
	Vermögenssteuer bis zu 99 Prozent für Superreiche	08
	Steuervergünstigungen umwandeln	08
	Unternehmenssteuern in Form von Anteilen entrichten	08
	Wir stehen für die Finanztransaktionssteuer	08
	Jede Finanztransaktion ist mehrwertsteuerpflichtig	09

Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt und muss Folgen haben	09	Schiedsgerichtsverfahren ablehnen	13
Einmalige Steueramnestie als Motivation	09	IX. Das Recht, Rechte auch umsetzen zu können	13
Abschaffung des Berufsbeamtentums	09	Justizmonopol des Staates hat kostenfrei zu sein	13
VI. Tätigkeitsgesellschaft statt Arbeitsmarkt	09	Sammelklagen zulassen	13
Potentiale freisetzen	09	Zugang der Bürger zum Bundesverfassungsgericht	13
VII. In Bildung investieren	10	Amtsträger zur Verantwortung ziehen	13
Bildung ist die Grundlage für Toleranz	10	X. Freiheit oder digitale Diktatur	14
Chancengleichheit in der Bildung	10	Freiheit im privaten, unternehmerischen und öffentlichen Raum	14
Die Qualität von Schulen ist Staatsaufgabe	10	Das Recht auf digitales Nichtvorhandensein als NOT-AUS-Schalter	14
Das Recht auf Bildung muss generationsübergreifend sein	10	Persönliche Daten sind immer persönliches Eigentum	14
Wissensgesellschaft heißt, Informationen bewerten zu können	10	Informationsbeschaffung	14
Kinder nicht zu Konsumenten der Facebook & Co heranbilden	10	Wissentransfers sind jedem zugänglich zu machen	15
Horizontenerweiterung oder marktkonforme Bildung	11	XI. Whistleblower als fünfte Gewalt	15
VIII. Direkte Demokratie einführen	11	Whistleblower schützen	15
Demokratie nach Schweizer Vorbild	11	XII. Lebensgrundlagen zu Commons (Gemeingüter) erklären	15
Obligatorische (verpflichtende) Volksabstimmungen	11	Vergesellschaftung gemäß Artikel 15 Grundgesetz	15
Fakultative Referenden, wenn eine bestimmte Anzahl von Bürgern es verlangt	12	Ressourcen sind Lebensgrundlagen	15
Volksbegehren, wenn eine bestimmte Anzahl von Bürgern es verlangt	12	Infrastrukturen in Gemeingüter überführen	16
Bürger müssen Gesetze verändern oder abschaffen können	12	Energieversorgung dezentralisieren	16
Gesetze erst nach 6 Monaten in Kraft setzen	12	Netzbetreiberstrukturen verändern	16
Verfallsdatum für Gesetze	12	Regenerative Energien auf internationaler Ebene	16
Wer an Gesetzen mitwirkt, ist öffentlich zu benennen	12	XIII. Kriegs- und Umweltopfer entschädigen	17
		Verantwortung für Kriegsfolgelasten übernehmen	17

Verantwortung für Umweltfolgelasten übernehmen	17	Grundwassergefahren durch Überdüngung eindämmen	21
XIV. Souveränität herstellen	17	Patentverbot für Tiere und Pflanzen	21
Schutz des Bürgers vor Überwachung durch fremde Mächte	17	Lebensmittelsicherheit	21
Keine Sonderrechte für ausländische Truppen und Geheimdienste	18	Nanotechnologie	21
Stationierung fremder Truppen	18	Fracking	21
Nicht der Bürger, sondern der Staat hat transparent zu sein	18	Kernenergie	22
XV. Der geheime Staat im Staate	18	Kernenergiefreies Europa	22
Überwachung und Kontrolle der Geheimdienste	18	Deutschland ist kein Transitland für spaltbares Material	22
Abschaffung der Geheimdienste	18	Kein AKW-Rückbau ohne Endlager	22
Parlamentarier haben uneingeschränktes Informationsrecht	18	Endlagerung radioaktiver Stoffe	22
XVI. Demokratie stärken	19	Die sichere Endlagerung radioaktiver Stoffe als Zukunftsaufgabe	23
Abschaffung der 5-Prozent-Hürde	19	Abfalldeponien als Rohstoffquelle	23
Abschaffung von Unterstützungsunterschriften	19	Wertstoffketten	23
Kleine Parteien nicht länger benachteiligen	19	XVIII. EU abwickeln und Europa neu bauen	23
Rechte der Abgeordneten stärken	19	Soziales und direkt-demokratisch legitimes Europa	23
Einkommensregelung für Abgeordnete	19	Offene Grenzen	24
Karenzzeiten für ausscheidende Abgeordnete	19	XIX. Globales Rechtssystem	25
Unabhängigkeit der Abgeordneten	20	Vereinte Nationen neu konzipieren	25
Trennung vom Amt und Mandat	20	Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) stärken	25
Unabhängigkeit von Regierungsmitgliedern	20	Internationale Durchgriffsmöglichkeiten schaffen	25
Karenzzeiten für ausscheidende Regierungsmitglieder	20		
XVII. Lebensgrundlagen schützen und erhalten	21		
Gentechnik	21		

I. Wir wollen einen neuen Gesellschaftsvertrag

„Man schafft niemals Veränderung, indem man das Bestehende bekämpft. Um etwas zu verändern, baut man neue Modelle, die das Alte überflüssig machen“. (Richard Buckminster Fuller)

Das „Alte“ kennen wir: Der Staat befindet sich auf Privatisierungskurs und zieht sich weitgehend aus seinen sozialen Aufgaben zurück. Die Grundrechte hatten 1949 noch eine andere Werthaltigkeit. Wer hätte damals gedacht, dass der Bürger heute zu jeder Sekunde überall mittels Gesichtserkennungssoftware problemlos überwacht werden kann. Staat und IT-Industrie haben eine Allianz zu Lasten der Bürger geschlossen. Lücken im Grundgesetz bleiben daher auch bewusst offen. Wenn wir diese Entwicklungen wirksam aufhalten wollen, benötigen wir ein neues Regelwerk, das die bisherigen Machtverhältnisse umkehrt und in die Hände der Bürger legt. Einen basisdemokratischen Gesellschaftsvertrag, der sich an der Aussage des Aufklärungsphilosophen Jean-Jacques Rousseau orientiert: «Das den Gesetzen unterworfenen Volk muss auch deren Urheber sein».

II. Sozialstaat statt „Bedarfsgemeinschaft“

Wir wollen keinen „Wohlverhaltensstaat“

Mit der Agenda 2010 hat die Politik den bisherigen kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaat verlassen und das angelsächsische Modell des Laissez-faire Liberalismus übernommen. Die soziale Absicherung erfolgt dabei vorrangig über die traditionellen Familienstrukturen, die im Sozialrecht als Bedarfsgemeinschaften bezeichnet werden.

Mit der Hartz-IV-Gesetzgebung wurde der gesellschaftspolitische Unterbau neu definiert. Das Credo „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“, ist ein Menschenbild des viktorianischen Zeitalters. Wir wollen in keinem Staat leben, in dem Menschen als wirtschaftlich verwertbare Verfügungsmasse gelten.

Die INI146 erteilt daher dem zu neuem Leben erwachten „Wohlverhaltensstaat“ eine Absage.

Bedingungsloses Grundeinkommen

Zur Sicherung der physischen Existenz des Einzelnen und der ungehinderten Mitwirkung und Teilhabe an der Gesellschaft und deren Fortentwicklung fordert die INI146 ein lebenslanges monatliches Grundeinkommen. Es beginnt mit dem Tag der Geburt und endet mit dem Todestag.

Nur derjenige, der finanziell unabhängig ist, ist wirklich frei und kann seine Bürgerrechte in Anspruch nehmen.

Neuordnung des Sozialsystems

Die jetzigen und zukünftigen Automatisierungsprozesse benötigen immer weniger arbeitende Menschen, so dass die derzeitigen Sozialversicherungssysteme ihre Leistung auf lange Sicht nicht mehr erfüllen können. Schon jetzt nehmen Arbeitslose nur noch bedingt Versicherungsleistungen (ALG I) in Anspruch; die meisten erhalten sofort Hartz-IV. Um Arbeit vom Einkommen abkoppeln zu können, will die INI146 die bisherigen Sozialversicherungssysteme schließen und durch ein bedingungsloses Grundeinkommen ersetzen. Die Finanzierung erfolgt über eine von allen zu entrichtenden Sozialsteuer. Ergänzend fordern wir eine einmalige Sondervermögensabgabe, eine

regelmäßig zu erhebende Vermögenssteuer sowie eine Erbschaftssteuer für Reiche, die alle Vermögenswerte erfasst. Diese Steuern sollen in ein Sondervermögen (Sozialfonds) fließen.

III. Im Alter selbstbestimmt leben

Bisheriges Rentenversicherungssystem ersetzen

Im bestehenden „System Rente“ stecken konstruktionsbedingt Probleme, die nicht mehr lösbar sind. Bei einer ständig wachsenden Automatisierung mit immer weniger gut verdienenden Arbeitnehmern sowie des demografischen Wandels ist eine durch „Arbeit“ finanzierte Altersversorgung nicht mehr lebensfähig.

Wir wollen nicht, dass Millionen von Leistungsträgern und Grundsicherungsrentnern über die Bedürftigkeitsprüfung der Sozialhilfe enteignet werden, weil ihr bislang Angespartes zur Sicherung des Lebensunterhaltes im Alter mit herangezogen wird.

Stattdessen will die INI146 alle Konten von Versicherungen, auf die gesetzlich vorgeschrieben ein Beitrag gezahlt werden muss, zu einem Stichtag schließen und die erreichte Rentenhöhe berechnen. Damit endet die Pflicht in diese „Versicherung“ einzuzahlen. Sollte die eigene bisher erworbene Rentenhöhe höher sein als die künftige bedingungslose Grundrente, verbleibt der höhere Differenzbetrag beim Rentner. Mit der Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens (entspricht gleichzeitig auch der bedingungslosen Rente) ergibt sich eine sichere und planbare Einkommenssituation. Da die Rentenhöhe bei den meisten Frauen bisher erheblich unter denen der Männer liegt, gewinnen Frauen bei unserem Modell erheblich an Sicherheit.

<http://www.ini146.de>

Wir wollen keine „fürsorgliche bzw. vorsorgliche Entmündigung“

Die richterliche Anordnung der gesetzlichen Betreuung bei Menschen, die durch gesundheitliche oder altersbedingte Einschränkungen betroffen sind und durch die demographische Entwicklung künftig betroffen sein werden, ist ein tiefgreifender Einschnitt in die Persönlichkeitsrechte und muss so zurückhaltend wie möglich erfolgen. Die „fürsorgliche Entmündigung“ erfolgt heute oftmals vorbeugend und höchst individuell, obwohl die Betroffenen entsprechende Personen ihres Vertrauens benannt und selbstbestimmte Verfügungen aufgesetzt haben.

Wir wollen, dass gesetzliche Betreuungen nicht mehr von einem einzelnen Richter veranlasst werden können, sondern nur unter Mitwirkung von sachkundigen Schöffen. Wir wollen, dass sämtliche anfallenden Kosten von der Staatskasse getragen werden, um unabhängig vom Besitzstand des Betroffenen die bestmögliche Versorgung zu erreichen. Das eventuelle Vermögen oder Einkünfte des „Entmündigten“ sind daher zu keiner Zeit für die Kosten zu verwenden. Die beteiligten Richter, Gutachter und Betreuer unterliegen jederzeit der Kontrolle durch ein Gericht und sind gegebenenfalls auch persönlich für Fehlverhalten haftbar.

Mit diesen Maßnahmen will die INI146 Transparenzmängeln, Korruption und Betrug in der gesetzlichen Betreuung entgegenreten.

Demenzkranke als Probanden der Pharmaindustrie

Mit der Reform des Arzneimittelgesetzes, mit dem eine EU-Verordnung umgesetzt wird, ist es erlaubt, Arzneimitteltests an erwachsenen nicht-einwilligungsfähigen Personen durchzuführen, von denen sie nicht profitieren. Voraussetzung ist, der Betroffene hat zu einem Zeitpunkt, als er noch im Besitz

seiner geistigen Kräfte war, seine Einwilligung erklärt. Auch ein gesetzlicher Betreuer hat die Möglichkeit, einen Demenzkranken der Forschung zu überlassen.

In diesem Zusammenhang erinnert die INI146 an den Nürnberger Kodex von 1947. Dieser Kodex wurde anlässlich der im Namen der medizinischen Forschung begangenen Verbrechen während der Zeit des Nationalsozialismus ins Leben gerufen. Hierzu zählten auch die Menschenversuche in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern.

Die INI 146 wendet sich daher mit Entschiedenheit gegen diese Menschenrechtsverletzung, die jetzt in Altenheimen und an hilflosen Personen unter kapitalistischen Vorzeichen zugunsten der Pharmaindustrie neu aufgelegt wird. Wir wollen uns mit ganzer Kraft dafür einsetzen, dass dieses Gesetz zurückgenommen, bzw. dem Bundesverfassungsgericht zur Prüfung vorgelegt wird.

IV. In die Zukunft investieren

Gemeinwohlorientierte Wirtschaft statt Wachstums- und Verwertungszwang

Wir wollen ein gemeinwohlorientiertes Wirtschaftssystem, das sich vom quantitativen Wachstumsgedanken abwendet. In Verbindung mit dem bedingungslosen Grundeinkommen wollen wir Genossenschaftsmodelle und kleinteiliges Unternehmertum fördern.

Ideen und Konzepte im Verkehrsbereich endlich umsetzen

Ganz Deutschland mit Breitbandkabel auszurüsten mag für bestimmte Unternehmen vorteilhaft und erstrebenswert sein. Eine wirkliche

Zukunftsinvestition und ein konkret nachweisbarer Nutzen für den einzelnen Menschen sind die geplanten Milliarden Euro dafür jedoch nicht.

Die INI146 will stattdessen, dass bereits bestehende Ideen zum öffentlichen Nahverkehr endlich umgesetzt werden, damit eine moderne, umweltschonende Alternative zum PKW entsteht.

Statt also staatlicherseits auf selbstfahrende PKW zu setzen, sollte der ÖPNV modernisiert und ausgebaut werden. Mehr flexibles Eingehen auf individuelle Kundenwünsche statt starrer Fahrpläne, ein allgemeiner besserer Service zu moderaten Preisen, oder besser noch zum Nulltarif, wären hier die Stichworte.

Statt milliardenschwerer politischer Prestigeprojekte (siehe Flughafen Berlin, Stuttgart 21 oder Fehmarn-Belt-Querung) sollten durch Erneuerung der Schienenwege und Investitionen in rollendes Gerät die an den Verkehrswegen wohnenden Menschen vor Lärm geschützt werden.

In der Vergangenheit von der Bahn aufgegebene Bahnhöfe könnten reaktiviert, die Grundstücke nach dem Konzept des in Wien bewährten „Gemeindebau“ mit preiswerten Mietwohnungen neu genutzt und in ein neu zu gestaltendes und begrüntes Gesamtkonzept integriert werden.

Neue Technologien innovationsfördernd einsetzen

Technischer Fortschritt steht immer unter dem Vorbehalt ethischer Grundsätze. Die Fortschreibung der Massenproduktion unter dem Begriff Industrie 4.0 muss von der Gesellschaft als solche und nicht von der Wirtschaft gewollt und eingesetzt werden. Die Gefahren der Vernetzung, die damit zwangsläufig verbundene Kontrolle des Menschen durch den Menschen und auch durch Maschinen sowie die nicht geführte Debatte / Nichtvorhandensein einer Lösung

bei Ausfall durch Hacker werden bisher ausgeklammert.

Bis diese Vernetzungstechnik für Industrie 4.0 eingeführt sein wird, wird sie bereits veraltet sein. Die Zukunft liegt in den 3-D-Verfahren. Kleinteiligere Fabrikationsmodelle, verfügbar ohne weltweite Transportwege, schaffen vor Ort Beschäftigungsmöglichkeiten und Wertschöpfung. Produkte, die vom anderen Ende der Welt zu uns transportiert werden, wollen wir gemäß ihres ökologischen Fußabdruckes mit einer Ressourcensteuer belegen.

Wir wollen Flächen wieder begrünen sowie Aufforstungsprogramme in ganz Deutschland vorantreiben. Unter einer Zukunftsinvestition versteht die INI146 eine breit angelegte Energie- und Kulturwende, die sich über Städte, Gemeinden, Landkreisen, Dörfern, Gemeinschaften und ganze Regionen erstrecken soll. Jeder Bürger soll die Möglichkeit haben, wieder unternehmerisch tätig zu werden. Eine Gesellschaft, die nur auf Konzernisierung setzt, beraubt sich ihrer Zukunft.

Wohlstand der Nationen unter gemeinwohlorientierten Bedingungen

Die Jagd nach höchstmöglicher Rendite hat das Weltwirtschaftssystem 2008/2009 an den Rand des Zusammenbruchs gebracht. Damit ist das Experiment des ungebremsten Wirtschaftsliberalismus unter dem Aspekt der ausschließlichen Gewinnmaximierung für einige wenige auf Kosten vieler endgültig gescheitert. Die INI146 will den *Wohlstand der Nationen* nun unter gemeinwohlorientierten Bedingungen zum Wohlstand der einzelnen Menschen werden lassen.

Globalisierung heißt, sinnhafte Infrastrukturen zu exportieren

Es ist an der Zeit die bisherigen Schwellenländer nicht weiter als billige Rohstofflieferanten zu nutzen, sondern ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre eigenen Infrastrukturen und damit ihren persönlichen Wohlstand aufzubauen. Mit Hilfe des bedingungslosen Grundeinkommens wird es möglich sein, Know-how zu exportieren und die Tätigkeitsgesellschaft im In- und Ausland zu beleben. Hierbei denken wir an den weltweiten Aufbau von Solar- und Aufforstungsprojekten, Bewässerungsmaßnahmen, Ausweitung der Forschung auch auf nichtkommerzielle Ziele, Reinigung der Meere vom Plastikmüll durch neue Schiffskonstruktionen bis hin zum Artenschutz.

V. Steuern müssen steuern

Umbau und Erneuerung des Steuersystems

Die Zahlung von Steuern ist für das Funktionieren und den Erhalt einer menschenwürdigen Gesellschaft und eines demokratischen Rechtsstaates sowie für ein friedliches Zusammenleben aller gesellschaftlichen Klassen unabdingbar.

Die Struktur unseres Steuersystems ist seit Jahrzehnten praktisch unverändert geblieben; Umbau und Erneuerung sind jetzt sofort unverzichtbar. Die INI146 fordert daher, das bisherige Steuerrecht binnen zwei Jahren vollständig zu überarbeiten und den realen Verhältnissen der Gesellschaft anzupassen.

Jeder ist steuerpflichtig

Wir wollen, dass künftig alle Unternehmen, Organisationen und Bürger

ausnahmslos mit ihren weltweiten Einkommen und ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit herangezogen werden. Jede natürliche und juristische Person ist ausnahmslos zu verpflichten, eine Steuererklärung zu erstellen. Besteuerungsgrundlage muss für Privatpersonen, Unternehmen, sonstige, das weltweite Einkommen sein. Die Steuerpflicht hat auch für ausländische Unternehmen mit Sitz oder Geschäftstätigkeit auf deutschem Boden zu gelten. Unternehmen, die nicht in diese Kategorien fallen (u. A. Internetunternehmen) aber mit deutschen Staatsbürgern geschäftlich verkehren, müssen steuerpflichtig sein.

Vermögenssteuer bis zu 99 Prozent für Superreiche

Laut Manager Magazin umfasst das gegenwärtige Vermögen der 500 reichsten Deutschen ca. 692 Milliarden Euro, während der gesamte Bundeshaushalt der Bundesrepublik 2016 gerade einmal 316,9 Milliarden Euro beträgt. Bei der Familie Quandt (31 Mrd €) war allein der BMW-Anteil im Jahr 2014 gut 25 Mrd. Euro wert.

Die INI146 hält es daher für angemessen, eine Vermögensbesteuerung für Superreiche bis zu 99 Prozent, unabhängig von der jeweiligen Rechtspersönlichkeit, ohne Ansehen der Person oder Status, durchzuführen. Der Ertrag ist dem staatlichen Sondervermögen zur Deckung des Grundeinkommens sowie der Krankenversicherung zuzuführen. Um eine entsprechende Bewertung und Abgrenzung durchführen zu können, wollen wir bestehende Einzelunternehmen in Rechtspersönlichkeiten überführen.

Steuervergünstigungen umwandeln

Für den Bürger intransparente Steuervergünstigungen will die INI146

abschaffen und durch Direktzahlungen ersetzen, wenn sie dem Wohl der Allgemeinheit oder künftigen Generationen dienen sollen. Für diese Zahlungen sind entsprechend Unternehmensanteile abzutreten; über die Gründe und Details in einem öffentlichen Register Rechenschaft abzulegen.

Unternehmenssteuern in Form von Anteilen entrichten

Die jahrzehntelang politisch motivierte Verschonung großer Unternehmen und ihrer Eigentümer vor Steuerzahlung muss beendet werden. Vielfach wurde bisher argumentiert, dass die Abführung der fälligen Steuer Unternehmen in ihrer Existenz gefährden würde. Wir wollen, dass ganz besonders im Bereich Erbschafts- und Vermögenssteuern diese nicht mehr in Geld, sondern in Form von Firmenanteilen entrichtet werden. Die INI146 schlägt vor, diese Anteile auf ein Sondervermögen zu buchen. Gehalten wird dieses Sondervermögen von allen volljährigen Bürgern, die über dieses Konstrukt pro Kopf Stimmrechte und Anteile an den betreffenden Unternehmen erhalten.

Gewinne von Industrie- oder Dienstleistungsunternehmen sind immer häufiger ein Produkt internationaler Finanzmarktstrukturen. Wer weiterhin erfolgreich sein will, wird die Algorithmen nutzen, um seine betrieblichen Prozesse zu optimieren. Mit den steuerlichen „Umbuchungen“ von zu zahlenden Steuern wollen wir erstmalig erreichen, dass die Bürger auch die wirtschaftlichen Entwicklungen direktdemokratisch beeinflussen können.

Wir stehen für die Finanztransaktionssteuer

Jede Finanztransaktion auf deutschem Boden oder bei der weltweit einer der Beteiligten ein deutscher Staatsbürger oder ein deutsches Unternehmen ist, muss in Zukunft der Finanztransaktionssteuer unterliegen. Der beteiligte

deutsche Staatsbürger oder das beteiligte deutsche Unternehmen sind zur Zeit der Transaktion zur Abgabe einer gesonderten Steuerklärung und der unverzüglichen Zahlung des Steuerbetrages verpflichtet.

Die Steuer auf jede einzelne Transaktion muss nach unserer Vorstellung mindestens 3 Prozent des Transaktionswertes betragen.

Jede Finanztransaktion ist mehrwertsteuerpflichtig

Umsätze an den Finanzmärkten aus Spekulations- und Wettgeschäften, sämtliche Börsentransaktionen sowie Bank- und Versicherungsgeschäfte sind den für Realgeschäften geltenden Mehrwertsteuersätzen zu unterwerfen.

Für natürliche Personen wird ein jährlicher Umsatzfreibetrag eingeführt.

Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt und muss Folgen haben

Es ist ein Gebot der Moral und Solidarität, Steuervermeidung und Steuerreduzierung in Zukunft gesellschaftlich zu ächten und auch mit langjährigem Freiheitsentzug statt Geldstrafen zu ahnden. Steuerhinterziehung darf daher auch erst nach 30 Jahren verjährt sein. Auf die hinterzogenen Steuern ist ein spürbarer Zuschlag zu entrichten. Die INI146 fordert, die Höhe der hinterzogenen Steuern in einem von jedem einsehbaren Verzeichnis zu veröffentlichen.

Einmalige Steueramnestie als Motivation

Wir schlagen vor einmalig eine Strafbefreiung zu erklären. Voraussetzung dafür

wäre die vollständige Deklaration aller Einkünfte und Zahlung der darauf fallenden Steuern. Persönliche Steuerschulden bis zu einem Betrag von 10.000 Euro sollten dem Steuerzahler im Zuge dieser Aktion erlassen werden.

Abschaffung des Berufsbeamtentums

Das Berufsbeamtentum als Relikt des 17. Jahrhunderts ist weder zeitgemäß, noch länger finanzierbar. Wir wollen es daher ersatzlos abschaffen. Die Altersversorgung ist auf die Höhe des bedingungslosen Grundeinkommens / der bedingungslosen Altersrente zu begrenzen.

VI. Tätigkeitsgesellschaft statt Arbeitsmarkt

Potentiale freisetzen

In den kommenden Jahren werden wir die größte Veränderung des Begriffs „Arbeit“ in der Geschichte der Menschheit erleben. Die Grenzen zwischen Selbständigkeit und Anstellung, Arbeit und Freizeit werden immer fließender ineinander übergehen. Dennoch wird uns die Arbeit nicht ausgehen. Wir werden uns neue Betätigungsfelder suchen und auch finden, Arbeit neu definieren, Arbeit nicht als Mühsal empfinden, sondern als Bereicherung. Mithilfe der neuen Technologien und einem bedingungslosen Grundeinkommen wären wir erstmalig in der Lage brachliegende Potentiale freizusetzen und sinnhafte Projekte in Angriff zu nehmen, ohne Arbeit allein als Mittel zum Erhalt der physischen Existenz zu betrachten. Die bisherigen Produktionsfaktoren (Arbeit, Boden, Kapital, Natur und Umwelt, Wissen) sind nicht länger zu privatisieren. Nutznießer kann nur die Gesellschaft als ganzes sein.

VII. In Bildung investieren

Bildung ist die Grundlage für Toleranz

Bildung ist die Voraussetzung, um allen Menschen mit Achtung, Verständnis und Toleranz begegnen zu können, unabhängig von Herkunft, Sprache oder Weltanschauung. Sie ist die Grundlage, um an demokratischen Entscheidungsprozessen kompetent teilnehmen zu können. Bildung muss stets unter der Aufsicht des Staates stehen und auf die volle Entfaltung der Persönlichkeit ausgerichtet sein. Die INI146 steht für bundesweit einheitliche Schulformen, Lehrinhalte, Schulabschlüsse und ein lebenslanges generationsübergreifendes Lernen.

Chancengleichheit in der Bildung

Um gleiche und einkommensunabhängige Bildungschancen zu ermöglichen, müssen sämtliche Kosten für jeden Schüler während der allgemeinen Schulpflicht staatlicherseits übernommen werden. Das beinhaltet auch Arbeitsmaterialien, Fahrtkosten, Schulausflüge, schulische Auslandsaufenthalte bis hin zur Abschaffung von Studiengebühren. Ganztagschulen sind zu fördern. Kein Lernender darf aufgrund seiner Schulauswahl bevorzugt oder benachteiligt werden. „Elitäre Qualitätsbildung“ muss für jeden zugänglich sein.

Um den europäischen Gedanken und die Völkerverständigung leben zu können, fordert die INI146 mehrsprachige Krippen und Kindergärten, Schulreisen und schulische Auslandsaufenthalte sowie die Weltsprache englisch ab dem ersten Schuljahr. Internationale Ausrichtung darf keine Frage des sozialen Status sein.

Die Qualität von Schulen ist Staatsaufgabe

Die Länder sind im Auftrag und finanziert durch den Bund für die angemessene Anzahl der Lehrer, deren Einkommenshöhe sowie Ausstattung und Qualität der Schulgebäude alleinverantwortlich. Die Kommunen sind von allen finanziellen Lasten in diesen Fragen freizustellen.

Das Recht auf Bildung muss generationsübergreifend sein

Lebenslanges Lernen ist erforderlich, um sich in die Gesellschaft einbringen zu können. Die INI146 will kritische und selbstbewusste Bürger bis ins hohe Alter. Mehrere Bildungsabschlüsse und der Zugang zu Universitäten über das ganze Leben verteilt, müssen zur Normalität werden.

Wissensgesellschaft heißt, Informationen bewerten zu können

Die Welt ist zusammengerückt, ferne Länder sind heute in wenigen Stunden erreichbar, die Zusammenhänge komplexer als es noch vor einigen Jahrzehnten schien. Durch neue Technologien sind wir zu einer Informationsgesellschaft geworden. Doch zu einer Wissensgesellschaft werden wir erst dann, wenn wir in die Lage versetzt werden, übermittelte Informationen zu überprüfen und kritisch zu hinterfragen.

Kinder nicht zu Konsumenten von Facebook & Co heranbilden

In Deutschland leben mittlerweile rund 7,5 Millionen Erwachsene, die nur eingeschränkt oder überhaupt nicht lesen und schreiben können. Die Wissenschaft ist sich lange einig, dass nicht nur die frühe Kindheit, sondern auch die Pubertät entscheidende Entwicklungsphasen darstellen in der über

die "Programmierung" des Gehirns entschieden wird. Die Vernetzung und damit die Nutzung des Gehirns hängt also primär von den Tätigkeiten ab, mit denen sich Jugendliche beschäftigen, sei das nun Sport, Musik oder geistige Aktivitäten. Hierzu gehört auch der Umgang mit Emotionen, der im Netz eine andere Gestalt annimmt als in der direkten persönlichen Kommunikation.

Wer die Gesellschaft prägen will, fängt bei den Kindern an. Die INI146 warnt davor, ganze Generationen bereits im Kindesalter zu neuen Konsumenten von Facebook & Co heranzubilden. Wir wollen verhindern, dass Eltern die Persönlichkeitsrechte ihrer Kinder und Enkel veräußern und in die Hände von kommerziellen Datenverwertern legen.

Medienkompetenz und Bildung heißt auch, die Gefahren digitalen Lebens zu erkennen und zu beseitigen.

Horizontenerweiterung oder marktkonforme Bildung

Das staatlich regulierte Bildungssystem darf nicht zur Disposition stehen. Bestrebungen von Unternehmen, sich über den CSR-Gedanken (Corporate Social Responsibility) Zugang zu Bildungseinrichtungen zu verschaffen, um ihre persönlichen Vorstellungen von einer wirtschaftsorientierten 'guten Gesellschaft' dort einzubringen, erteilt die INI146 eine Absage.

Die INI146 will den Geisteswissenschaften zu neuem Status verhelfen. Die digitale Revolution ist das Zeitalter der neuen Aufklärung. Philosophische und ethische Perspektiven sind mit einzubeziehen.

VIII. Direkte Demokratie einführen

Demokratie nach Schweizer Vorbild

Deutschland kann bereits auf direktdemokratische Ansätze zurückblicken. So räumte der Artikel 73 der Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919 der Bevölkerung das Recht ein, aus den eigenen Reihen Gesetzesentwürfe zu erarbeiten, dem Parlament zu unterbreiten und bei Ablehnung über einen Volksentscheid abstimmen zu lassen.

Mit Beginn des 21. Jahrhunderts und der digitalen Revolution haben sich zahlreiche Strukturen verändert und aufgelöst. Die Politik hat bewiesen, dass sie diesen komplexen Anforderungen nicht mehr allein gewachsen ist. Es bedarf daher der Unterstützung und Wegweisung durch alle Bürger. Wir wollen die repräsentative Demokratie mit starken direkt-demokratischen Strukturen und Vorgaben ergänzen, damit Frieden und Freiheit fortbestehen können. Die INI146 fordert daher das bisherige System mit plebiszitären Elementen nach Schweizer Vorbild auszustatten.

Den Zweiflern wollen wir mit dem Bildungsreformer Wilhelm von Humboldt antworten: «Durch nichts wird die Reife zur Freiheit in gleichem Grade befördert als durch die Freiheit selbst.»

Obligatorische (verpflichtende) Volksabstimmungen

Zur Ausübung der direkten Demokratie fordert die INI 146 verpflichtende Volksabstimmungen bei Grundgesetzänderungen (Verfassungsänderungen); dem Beitritt zu Organisationen supranationaler Gemeinschaften; Staatsverträgen zwischen dem Bund und auswärtigen Staaten sowie multinationalen

Staatsverträgen mit deutscher Beteiligung; völkerrechtlichen Verträgen; Verträgen mit der Europäischen Union; sonstigen Verträgen, die die Souveränität der Bundesrepublik zugunsten Dritter einschränken würden; Entscheidungen zum Bestand des Finanzwesens; Bestimmung über die nationale Währung; Beitritt zu Währungsunionen.

Fakultative Referenden, wenn eine bestimmte Anzahl von Bürgern es verlangt

Wir wollen durch fakultative Referenden Änderungen oder Aufhebungen eines bereits vom Bundestag oder einem Landtag beschlossenen Gesetzes erreichen. Im gesellschaftlichen Diskurs mit anschließender Entscheidung der Bürger wird zu befinden sein, unter welche Bedingungen (Anzahl der notwendigen Unterschriften, Fristen etc.) dies geschehen soll.

Volksbegehren, wenn eine bestimmte Anzahl von Bürgern es verlangt

Volksbegehren sind nach Ansicht der INI146 auf allen Ebenen staatlichen Handelns durchzuführen. Zur aktiven Demokratie gehört auch, dass Bürger die Möglichkeit haben, sich vom Bundestag und deren Ausschüsse Gesetzesentwürfe zu bestimmten Themen ausarbeiten zu lassen. Auch die Abwahl von Regierungen nach dem Vorbild der Virginia Bill of Rights (USA 1793), will die INI146 in Zukunft möglich machen.

Bürger müssen Gesetze verändern oder abschaffen können

In der Praxis werden bereits jetzt Gesetze beschlussfähig an die Politik geliefert; Wirtschaftsinteressen werden schneller als Bürgerinteressen zu Gesetzen geformt. Daher gehört es zur Kontrollfunktion der Bürger, dass alle Gesetze,

Verordnungen und Verwaltungsvorschriften jederzeit in Volksbegehren und Volksabstimmungen eingebracht, verändert, außer Kraft gesetzt oder vollständig abgeschafft werden können. Die INI146 ist der Ansicht, dass Gesetze die Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaft regeln und hierüber ein Diskurs stattzufinden hat. Hier halten wir es mit Jean-Jacques Rousseau, der bereits 1762 in seinem Schlüsselwerk der Aufklärungsphilosophie „Du Contrat Social ou Principes du Droit Politique“ im 6. Kapitel „Vom Gesetze“ niederschrieb: «Das den Gesetzen unterworfenen Volk muss auch deren Urheber sein».

Gesetze erst nach 6 Monaten in Kraft setzen

Die den Gesetzen unterworfenen Bürgern müssen in der Gesetzgebung eine Aufwertung erfahren. Daher dürfen vom Bundestag und Bundesrat beschlossene Gesetze erst nach frühestens 6 Monaten in Kraft treten, sofern sie nicht mittels Referendum geändert oder für ungültig erklärt werden.

Verfallsdatum für Gesetze

Viele Gesetze werden vom Faktischen eingeholt und dennoch beibehalten. Daher müssen sie nach Ansicht der INI146 nach Ablauf von 5 Jahren automatisch ihre Gültigkeit verlieren, wenn sie nicht neu beraten, bzw. im Bundestag / Bundesrat erneut zur Abstimmung gestellt werden.

Wer an Gesetzen mitwirkt, ist öffentlich zu benennen

Zur Vermeidung ungewollter Einflussnahme auf die Gesetzgebung fordert die INI146, dass alle bei der Entstehung eines Gesetzes beteiligten Personen und Organisationen bereits im Vorfeld namentlich benannt werden.

Schiedsgerichtsverfahren ablehnen

Schiedsgerichte verfügen nicht über die hoheitliche Gewalt der staatlichen Gerichte und Organe und sind nach Ansicht der INI146 vollständig abzulehnen.

IX. Das Recht, Rechte auch umsetzen zu können

Justizmonopol des Staates hat kostenfrei zu sein

Recht haben und zu bekommen ist noch immer eine Frage des langen Atems und des finanziellen Status.

Wir wollen, dass im ersten Schritt einer Reform bei Streitigkeiten Bürger gegen „Staat“ Gleichheit auf Augenhöhe besteht und fordern, dass Kosten für den eigenen Rechtsanwalt, Gutachten und Gerichtskosten in derartigen Fällen ersatzlos entfallen.

Wir wollen im zweiten Schritt der Reform dies auf die Strafgerichtsbarkeit ausdehnen. Jeder, der vom Staat eines Vergehens oder Verbrechens beschuldigt wird, muss unabhängig von seiner finanziellen Leistungsfähigkeit die beste Verteidigung erhalten. Auch hier wollen wir, dass die Kosten für einen eigensgewählten Rechtsanwalt sowie die für Gutachten und Gerichtskosten entfallen. Wir wollen im dritten Schritt, dass bei zivilrechtlichen Streitigkeiten ein für die Vertretung vor Gericht zwingend vorgeschriebener Rechtsanwalt von der Staatskasse bezahlt wird. Gerichtskosten entfallen.

Wir wollen auf überschaubare Sicht, dass der gesamte staatliche „Service Justiz“ kostenlos ist und aus den allgemeinen Steuermitteln finanziert wird.

Es versteht sich von selbst, dass die INI146 das nochmalig verschärfte Beratungs- und Prozesskostenhilferecht, das eine Zwei-Klassen-Justiz unterstützt, ablehnt.

Sammelklagen zulassen

Die INI146 fordert die Zulassung von Sammelklagen (Musterfeststellungsklagen).

Zugang der Bürger zum Bundesverfassungsgericht

Seit 1969 sind Verfassungsbeschwerden nur möglich, wenn der Rechtsweg vollständig ausgeschöpft und alle Rechtsinstanzen durchlaufen wurden. Wir wollen den direkten Zugang zum Bundesverfassungsgericht ermöglichen und damit das Bundesverfassungsgericht zur Superrevisionsinstanz erklären.

Amtsträger zur Verantwortung ziehen

Wer im Auftrag des Staates ein Amt ausübt und Entscheidungen trifft, beeinflusst damit maßgeblich das Leben seiner Mitbürger. Daher ist den Bürgern auch ein besonderer Schutz zuzubilligen. Verletzt jemand in Ausübung eines ihm anvertrauten Amtes die ihm obliegenden Pflichten (Ausübung, Nichtausübung, Bevorteilung, Benachteiligung, die Persönlichkeitsrechte oder den Datenschutz Dritter), so muss er für sein Handeln auch persönlich verantwortlich sein. Daraus resultierende Verfahren sind für den Bürger nach Ansicht der INI146 kostenfrei zu gestalten.

X. Freiheit oder digitale Diktatur

Freiheit im privaten, unternehmerischen und öffentlichen Raum

Die INI146 lehnt jegliche Video- und Audioüberwachung ab. Hierzu gehören u. A. auch die Verwendung von Gesichtserkennungssoftware sowie die akustische Stimmanalyse über eine Sprachemotionserkennungssoftware (Psyware).

Überwachung, gleich in welcher Art oder durch welches Medium, ob durch Personen oder Institutionen im Privatbereich, im Unternehmensbereich oder im öffentlichen Raum, ist eine Verletzung der persönlichen Freiheitsrechte und der Menschenwürde.

Das Recht auf digitales Nichtvorhandensein als NOT-AUS-Schalter

Die durch die Wirtschaft und Politik bereits real existierenden normierten Zwänge zu „Alles muss digital sein“, wollen wir durch eine Entscheidung der Gesellschaft überprüfen lassen (Referendum). Bis dahin fordert die INI146 das uneingeschränkte Recht auf digitales Nichtvorhandensein. Vorhandene digitale Informationen sind auf Wunsch des Bürgers vollständig zu löschen, neue über ihn nicht anzulegen.

Es muss dem Einzelnen jederzeit möglich sein, aus dem digitalen Leben auszuscheiden und analog an der Gesellschaft teilzuhaben. Dabei darf auch eine Entscheidung im Analogleben zu verbleiben nicht zu Nachteilen führen. Freiheit heißt nach Ansicht der INI146 immer die Wahl zu haben.

Persönliche Daten sind immer persönliches Eigentum

Wer immer auch Daten über eine Person erhebt, bearbeitet oder speichert, darf daran niemals Eigentum erwerben. Eine Verwendung, gleich zu welchen Zwecken, bedarf einer vorherigen schriftlichen Einverständniserklärung des Betroffenen. Über die Verwendung und Weitergabe muss die betreffende Person unaufgefordert und ständig informiert werden. Die INI146 fordert, dass auch alle bisher gespeicherten, verarbeitenden, weitergegebenen und in Verkehr gebrachten Daten und Analysen über einen Menschen rückwirkend in sein Eigentum übergehen und nicht mehr von Dritten, in welcher Form auch immer, genutzt werden.

In einer Zeit, in der alles und jedes digitalisiert wird, bedeuten Daten Macht und Geld. Sie sind die wahren Ressourcen des 21. Jahrhunderts.

Informationsbeschaffung

Die Nutzung oder Nichtnutzung des Internets, die freie Informationsbeschaffung, der Austausch von Daten, der damit verbundene Datenschutz sowie die Datennetze gehören zu den Grundlagen einer Informations- und Wissensgesellschaft. Daher gehören diese Medien zu den Gemeingütern (Commons) und sind unter die Obhut von Bürgern und Staat zu stellen.

Die INI146 will nationale und lokale Datennetze fördern, die außerhalb der bisherigen Marktmacht liegen und den Überwachungsbehörden nicht zuarbeiten.

Wissenstransfers sind jedem zugänglich zu machen

Die Digitalisierungsrevolution führt bereits zu staatsübergreifenden Parallel-Volkswirtschaften. Die Politik versagt bei dem Setzen und dem Durchsetzen der notwendigen Spielregeln und lässt ungehemmte Goldgräbermentalität zu. Es werden Unternehmensstandards zu politischen Rahmenbedingungen erklärt, ohne dass im Vorfeld politisch bzw. gesellschaftlich darüber entschieden wurde. Wir erleben mit der unregulierten Digitalisierung die Fortsetzung des existierenden eines alles zerstörenden Kapitalismus, nur mit einer noch höheren Gefährdung von Grundwerten.

Überwachung und Beeinflussung werden durch die Digitalisierung erst wirtschaftlich möglich und machen staatliche Überwachung durch dual zu nutzende Strukturen preiswert und zugänglich.

Wir wollen die Vorteile, die die Digitalisierung bietet, allen Menschen, also allen Marktteilnehmern, zugänglich machen. Wir wollen gleichzeitig die wirtschaftlichen Erfolge sowie die gesammelten Informationen als einen Rohstoff in „Open Source“ durch alle nutzen lassen.

XI. Whistleblower als fünfte Gewalt

Whistleblower schützen

Whistleblower legen Informationen über wahrgenommenes Fehlverhalten von Organisationen oder Personen offen. Hierzu gehören Missstände in Politik und Wirtschaft (Korruption), im Daten-, Arbeits-, Umwelt- und Tierschutz, Verletzung der Menschenwürde in der Pflege, Medizin und anderen Bereichen des Lebens.

Whistleblower sind ein wichtiges Korrektiv der freien und demokratischen Gesellschaft. Sie ergänzen das Prinzip der Gewaltenteilung.

Whistleblowern, die nach der Aufdeckung von berechtigten Missständen nicht in ihre Heimat zurückkehren können, gelten nach Ansicht der INI146 als politisch Verfolgte. Ihnen ist Asyl zu gewähren.

XII. Lebensgrundlagen zu Commons (Gemeingüter) erklären

Vergesellschaftung gemäß Artikel 15 Grundgesetz

Die bisherige Ausbeutung der Schätze des Planeten, um einigen wenigen zu Lasten vieler einen finanziellen Vorteil zu verschaffen, wollen wir beenden. Die INI146 fordert daher die Umsetzung des Artikel 15 Grundgesetz (Vergesellschaftung), um weitere Fehlentwicklungen zum Schaden aller Menschen einzudämmen bzw. auszuschließen.

Ressourcen sind Lebensgrundlagen

Daher wollen wir sie zu Commons, also zum Gemeineigentum aller Bürger, erklären. Ihre Nutzung hat allein der Allgemeinheit und besonders dem Wohle und Bedürfnissen zukünftiger Generationen zu dienen. Bei einer Nutzung gilt immer mindestens der Preis, der für eine Wiederbeschaffung des betreffenden Gutes unter gleicher Qualität und Beschaffenheit erforderlich ist. Der Verschmutzungsgrad der Umwelt soll als Grundlage für eine zu erhebende Ressourcensteuer dienen.

Saubere Luft und sauberes Wasser sind Elementargüter, ohne die Menschen nicht gesund leben und alt werden können.

Energie und Transportnetze sind die Lebensadern der hochtechnisierten Gesellschaft des 21. Jahrhunderts.

Kohle, Öl, Gas, Sand und sonstige Bodenschätze sind endlich und nicht in die Disposition zum einmaligen endgültigen Gebrauch dieser Generation gestellt.

Die Nutzung der Meere und Seen, der Wälder, Grund und Boden muss künftig maßvoll geschehen, um die Lebensgrundlagen nicht weiter zu gefährden.

Mit diesem einschneidenden Perspektivwechsel wollen wir den bisherigen uferlosen Verwertungsprozessen des globalen Kapitalismus Einhalt gebieten.

Infrastrukturen in Gemeingüter überführen

Die INI146 stellt sich Privatisierungsoffensiven des Staates entgegen. Wir sind der Auffassung, dass es zwischen dem klassischen schwerfälligen Staatsbetrieb und einem börsen- und finanzmarktnotiertem „Privat“ einen besseren Mittelweg gibt, in dem betriebswirtschaftlich agiert werden kann, ohne die gesellschaftliche Nutzenerbringung zu vernachlässigen. Daher wollen wir infrastrukturorientierte Organisationen in neu zu gründende Genossenschaftsmodelle überführen.

Hierzu gehören neben der Deutschen Bahn mit ihren Immobilien und Gleisnetzen, dem rollendem Material inklusiv Tochterunternehmen und Beteiligungen auch die Logistikunternehmen der Post, die Telekom mit ihren Immobilien, Leitungsnetzen inklusiv aller Tochterunternehmen und Beteiligungen weltweit.

<http://www.ini146.de>

Für die Wasserversorgung, die Klärwerke sowie die Abfallwirtschaft schlagen wir vor, diese auf rein kommunaler Ebene zu betreiben. Auch diese Strukturen wollen wir nicht mehr globalen börsenorientierten Konzernen überlassen.

Energieversorgung dezentralisieren

Wir wollen, schon aus Gründen der Versorgungssicherheit, eine möglichst dezentrale Erzeugung von regenerativer und konventioneller Energie. Dazu wollen wir den Kommunen ermöglichen, sich kurz- bis mittelfristig aus den Abhängigkeiten von den bisherigen Oligopolunternehmen zu befreien. Auch hier bevorzugen wir Genossenschaftsmodelle.

Netzbetreiberstrukturen verändern

Die für die Nutzung der Transportnetze berechneten Preise steigen für die Verbraucher seit Jahren. Eine der Ursachen sehen wir auch hier in der Eigentümerstruktur und setzen uns für eine Veränderung ein.

Regenerative Energien auf internationaler Ebene

Die INI146 will regenerative Energien von den bisherigen staatlichen Abgaben befreien und die fossilen Energieträger nach ihrer Klimaschädlichkeit höher belasten.

Um politischen Erpressbarkeiten vorzubeugen und uns so weit wie möglich von der Abhängigkeit der bisherigen und endlichen Öl- und Gasvorräte zu befreien, sind neue Wege einzuschlagen. Großprojekte wie „Desertec“ wollen wir daher mit direkten staatlichen Mitteln aktiv fördern. Ein Europäischer Verbund ist

anzustreben. Für den Fall, dass sich die europäischen Partnerstaaten daran nicht beteiligen wollen, setzen wir uns für einen nationalen Alleingang ein.

Insbesondere in Ländern des afrikanischen Kontinents bestehen ideale klimatische Verhältnisse zur Produktion von Strom, der über zu errichtende Leitungsnetze exportiert werden könnte. Entstandene Überkapazitäten können vor Ort in Form von Wasserstoff gespeichert oder in alle Länder transportiert werden. Über derartige Projekte wollen wir Infrastrukturen vor Ort schaffen und alle an der Wertschöpfung beteiligen.

Der Planet erwärmt sich unabänderlich. Mit dem Einsatz von preiswertem Strom und Wasserstoff wollen wir erreichen, dass in Zukunft klimafreundliche Produkte (z. B. Elektrofahrzeuge) produziert werden können. Global ausgerichteter Wohlstand muss nach Ansicht der INI146 auch ohne klimaschädliches Verhalten möglich sein.

XIII. Kriegs- und Umweltopfer entschädigen

Verantwortung für Kriegsfolgelasten übernehmen

Wir wollen, dass Personen, gleich welcher Nationalität, die durch und bei Einsätzen der Deutschen Streitkräfte geschädigt, verletzt oder durch Arbeitsmaßnahmen beeinträchtigt wurden und werden, unverzüglich zu entschädigen sind. Hierzu gehören auch Personen, die durch ihre Tätigkeit in der Nationalen Volksarmee oder der Bundeswehr gesundheitlich beeinträchtigt wurden.

Verantwortung für Umweltfolgelasten übernehmen

Gesetze und Politik vor Ort erlauben Wirtschaftsunternehmen zu Lasten und zum Schaden auch einzelner Bürger die Umwelt zu nutzen und vielfach zu schädigen (Verpressung von Resten aus der Kalisalzförderung, Frackingwasser, Einlagerung von Giftstoffen in alten Bergwerken etc.).

Wir wollen, dass bei der Genehmigung derartiger Verschmutzung die Öffentlichkeit unverzüglich darüber informiert und ein in der Höhe nicht begrenzter Entschädigungsfonds auf Bundesebene eingerichtet wird.

XIV. Souveränität herstellen

Schutz des Bürgers vor Überwachung durch fremde Mächte

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein souveräner Staat, der in der Lage ist, seine Bürger vor Eingriffen nach innen zu schützen. Die Überwachung von Bürgern durch ausländische Regierungen (auch im Auftrag der eigenen Regierung) oder andere staatliche, teilstaatliche oder private Organisationen kann daher nicht länger hingenommen werden. Hier fordert die INI146 Mechanismen, um die Bürger bei Zuwiderhandlungen in die Lage zu versetzen, einen direkt einklagbaren Anspruch auf Unterlassung und Schadensersatz gegen die Bundesrepublik Deutschland und / oder dem entsprechenden Staat durchsetzen zu können.

Keine Sonderrechte für ausländische Truppen und Geheimdienste

Verdeckt oder geheim operierende Personen, Institutionen (Geheimdienste, ausländische Regierungen, in ihrem Auftrag handelnde Unternehmen, Militär-angehörige, Truppen etc.), die sich im Geltungsbereich dieser Verfassung bewegen, müssen ausnahmslos der geltenden Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland unterliegen.

Stationierung fremder Truppen

Die Stationierung fremder Truppen, Geräte, technischer Ausrüstungen, Drohnen, Waffen und Munition einschließlich Kernwaffen, bakteriologischer und chemischer Kampfstoffe sowie die Errichtung, Betrieb und Verwendung von Kommunikationseinrichtungen zur Datengewinnung wird von der INI146 entschieden abgelehnt. Von deutschem Boden dürfen durch fremde Mächte keine unterstützenden Maßnahmen zur Führung eines Krieges im Ausland gegen andere Nationen erfolgen.

Nicht der Bürger, sondern der Staat hat transparent zu sein

Um den Bürger vor einer Informationsvorenhaltung aus Gründen der sogenannten nationalen Sicherheit durch staatliche oder teilstaatliche Organe und Verwaltungen zu schützen, ist es unabdingbar, dass sämtliche Vorgänge staatlichen Handelns oder Unterlassen durch die Politik und ihren ausführenden Organen und Verwaltungen in Form von schriftlichem Aktenmaterial und in digitaler Form dem Bürger uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Individuelle Ausnahmeregelungen sind jeweils so eng und konkret zu formulieren, dass sie für die Bürger als nachvollziehbar und annehmbar gelten.

XV. Der geheime Staat im Staate

Überwachung und Kontrolle der Geheimdienste

Demokratie und Rechtsstaat sind mit Geheimdiensten nicht vereinbar. Die Geheimdienste unterstehen bisher der jeweiligen Regierung und sind einer Kontrolle nicht zugänglich.

Bis zur Abschaffung der Geheimdienste fordert die INI146 diese unverzüglich der direkten Kontrolle und Weisungsbefugnis den Abgeordneten des Bundestages zu unterstellen. Weiterhin wollen wir, dass sich jeder einzelne Mitarbeiter für seine Tätigkeit und sein Handeln regelmäßig einer juristischen Prüfung durch die allgemeine Gerichtsbarkeit unterzieht.

Abschaffung der Geheimdienste

Demokratie und Rechtsstaat sind mit der Existenz von Geheimdiensten unvereinbar. Wir wollen daher die komplette Auflösung dieser Behörden.

Parlamentarier haben uneingeschränktes Informationsrecht

Abgeordnete und Parlament müssen das uneingeschränkte Recht haben, sich umfassend und ohne Einschränkung über Vorgänge und Entscheidungen der Regierung zu informieren. Ein Zutritt zu allen staatlichen Einrichtungen muss jederzeit möglich sein; die uneingeschränkte Einsicht in alle Dokumente und Dateien eine Selbstverständlichkeit.

XVI. Demokratie stärken

Abschaffung der 5-Prozent-Hürde

In einer Demokratie müssen die Bürger an der politischen Willensbildung permanent mitwirken können. Um die alten Parteistrukturen aufzubrechen und den Weg für eine neue aktive Politik freizumachen, wollen wir die 5-Prozent-Klausel durch eine 0,5-Prozent-Klausel ersetzen. Zudem soll jede ins Parlament gewählte Partei oder Wählervereinigung automatisch Fraktionsstatus erhalten.

Abschaffung von Unterstützungsunterschriften

Parteien, die nicht bereits im Bundestag oder in einem Landesparlament ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten sind, müssen gem. Bundeswahlgesetz bundesweit ca. 28.000 Unterstützungsunterschriften sammeln, wenn sie sich zur Wahl stellen wollen. Mit der Abschaffung dieser Hemmschwelle wollen wir Chancengleichheit zwischen etablierten und jungen Parteien, bzw. Einzelbewerbern herstellen. Neue Parteien mit ihren jeweils unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Ansätzen sind zu fördern und nicht zu verhindern.

Kleine Parteien nicht länger benachteiligen

Um auch kleinere Parteien den von Grundgesetz und Parteiengesetz vorgegebenen Auftrag zur politischen Willensbildung stärker zu ermöglichen, wollen wir, dass jede Partei oder Wählervereinigung, unabhängig von ihrer Größe, die gleichen finanziellen Mittel erhält. Ebenso wollen wir, dass alle im Bundestag vertretenen Fraktionen, unabhängig von der Größe, staatliche

Zahlungen in gleicher Höhe erhalten.

Rechte der Abgeordneten stärken

Der Bundestag ist das von den Bürgern direkt gewählte und legitimierte Aufsichtsorgan der Bundesregierung, des Bundeskanzlers und der Minister. Daher muss nach Ansicht der INI146 dieses Aufsichtsorgan auch die Autorität und den Willen haben, Entscheidungen der Bundesregierung, des Bundeskanzlers und eines Minister jederzeit aufzuheben, zu verändern, zu ergänzen oder Weisungen erteilen zu können.

Einkommensregelung für Abgeordnete

Jeder Abgeordnete ist mit einem angemessenen Einkommen auszustatten. Die Tätigkeit als Abgeordneter ist immer eine Vollzeittätigkeit. Nebentätigkeiten und Nebeneinkommen schließen sich für diese Position somit aus. Da es sich um eine Tätigkeit im Auftrag der Bürger handelt, sehen wir auch die aktive Beteiligung der Bürger bei der Bestimmung der Einkommenshöhe als notwendig an. Wir wollen eine faire und angemessene Dotierung ohne Sonderregelungen bei der Altersversorgung, im Krankheits- oder Pflegefall. Sonstige Vergünstigungen und Zuschüsse, die über die Kosten- und Mitarbeiterpauschalen oder freien Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel hinausgehen, müssen der Vergangenheit angehören.

Karenzzeiten für ausscheidende Abgeordnete

Legt der Abgeordnete sein Mandat nieder oder verliert dies aus anderen Gründen, soll die Aufnahme einer anderen Tätigkeit einer Karenzzeit von 36

Monaten unterliegen. Nach den sozialpolitischen Vorstellungen der INI146 erhält er für diese Zeit das 3-fache des für alle Bürger vorgesehenen Grundeinkommens. Dieses Einkommen unterliegt der üblichen Steuerpflicht sowie der für alle Bürger geltenden Abgabe an den Sozialfonds.

Die INI146 steht für das bedingungslose Grundeinkommen. Besteht kein bedingungsloses Grundeinkommen, wird die Karenzzeit nicht vergütet. Es gelten dann die gesetzlichen Ansprüche und Leistungen des Sozialsystems, das allen Bürgern zur Verfügung steht.

Unabhängigkeit der Abgeordneten

Abgeordnete müssen unabhängig sein. Sie dürfen daher kein Gewerbe, keinen aktiven Beruf, kein anderes Amt oder Nebentätigkeiten, ob entgeltlich oder unentgeltlich, ausüben, der Leitung oder dem Aufsichtsrat eines Unternehmens angehören oder die Schirmherrschaft von Organisationen übernehmen. Auch Funktionen in supranationalen Organisationen sind für Abgeordnete nicht zulässig. Wechselt ein Abgeordneter in eine derartige Position, muss nach Ansicht der INI146 sein Mandat unwiderruflich erlöschen.

Trennung vom Amt und Mandat

Abgeordnete sind ausschließlich ihren Wählern verpflichtet und haben die Regierung zu kontrollieren. Daher dürfen sie weder der Bundesregierung, einer Landesregierung noch einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes angehören.

Unabhängigkeit von Regierungsmitgliedern

Der Bundeskanzler, Bundesminister und alle, die in oder für die Bundesregierung tätig sind, dürfen daneben keinen Beruf und kein Gewerbe, kein anderes Amt oder Nebentätigkeiten, ob entgeltlich oder unentgeltlich ausüben, der Leitung oder dem Aufsichtsrat eines Unternehmens angehören oder die Schirmherrschaft von Organisationen übernehmen. Funktionen in supranationalen Organisationen sind für Regierungsmitglieder nicht zulässig.

Karenzzeiten für ausscheidende Regierungsmitglieder

Scheidet ein Regierungsmitglied aus, legt sein Amt nieder oder verliert dies aus anderen Gründen, soll die Aufnahme einer anderen Tätigkeit einer Karenzzeit von 60 Monaten unterliegen. Nach den sozialpolitischen Vorstellungen der INI146 erhält die Person für diese Zeit das 3-fache des für alle Bürger vorgesehenen Grundeinkommens. Dieses Einkommen unterliegt der üblichen Steuerpflicht sowie der für alle Bürger geltenden Abgabe an den Sozialfonds.

Die INI146 steht für das bedingungslose Grundeinkommen. Besteht kein bedingungsloses Grundeinkommen, wird die Karenzzeit nicht vergütet. Es gelten dann die gesetzlichen Ansprüche und Leistungen des Sozialsystems, das allen Bürgern zur Verfügung steht.

XVII. Lebensgrundlagen schützen und erhalten

Gentechnik

Produktion, Ver- und Bearbeitung, Lagerung, Einfuhr und Ausfuhr sowie das Inverkehrbringen gentechnisch veränderter Lebensmittel und Agrarprodukte sowie Lebewesen können nach Ansicht der INI146 nicht länger hingenommen werden. Weil niemand die Auswirkungen abschätzen kann, ist die Freisetzung gentechnisch veränderter Pflanzen, Tiere und Mikroorganismen einzustellen. Lagerbestände gentechnisch veränderter Nahrungs- und Futtermittel sind unter staatlicher Aufsicht öffentlich unverzüglich zu vernichten.

Grundwassergefahren durch Überdüngung eindämmen

Neben Malta hat Deutschland in der EU die höchsten Nitratkonzentrationen im Grundwasser. Hauptverursacher für die hohe Belastung ist vor allem die Massentierhaltung. Millionen Tonnen von Exkrementen aus deutschen, niederländischen und dänischen Mastbetrieben werden mittlerweile auf unseren Ackerflächen verteilt.

Wir wollen daher Gülle zu überwachungspflichtigem Abfall erklären. Sie muss unter staatlicher Aufsicht nach dem Stand der Technik aufbereitet und entsorgt werden. Der Handel mit Gülle ist zu unterbinden. Gülle ist bei den Klärwerken abzuliefern; die Kosten für die Aufbereitung / Entsorgung sind bei Anlieferung zu entrichten. Die INI146 will gesetzlich klare Vorgaben, Kontrollen und empfindliche Strafen, damit die Überdüngung der Felder und die damit verbundenen Gewässerbelastung beendet wird.

Patentverbot für Tiere und Pflanzen

Die INI146 fordert alle bereits erteilten Patente, Lizenzen sowie darauf basierende Verträge mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

Lebensmittelsicherheit

Die Ini146 fordert ausnahmslos alle in den Verkehr gebrachten Lebensmittel auf allen Herstellungs-, Ver-, Bearbeitungs- und Vertriebsstufen mit sämtlichen verwendeten Stoffen und deren Herkunft lückenlos und nachvollziehbar zu deklarieren.

Nanotechnologie

In Verantwortung des Staates für seine Bürger und den nachfolgenden Generationen fordert die INI146 die Freisetzung von Nanopartikeln sofort zu stoppen. Bereits erfolgte Freisetzungen wollen wir mit Angabe der Art Produkte, der produzierten Menge sowie der Produzenten und Vertreiber veröffentlichen.

Fracking

Wir wollen die Bohrungen zur Suche von Kohlewasserstoffen sowie die Gewinnung von Gas und Öl mittels des Frakturierungsverfahrens (Fracking) einstellen.

Kernenergie

Wir wollen, dass in Verantwortung für die heute lebenden Menschen und den ihnen nachfolgenden Generationen der Einsatz von Kernenergie zur sogenannten friedlichen Nutzung sofort und unwiderruflich einzustellen ist. Bestehende Anlagen sind stillzulegen, neue nicht mehr zu bauen oder zu exportieren. Jegliche Unterstützung finanzieller oder technischer Art an einzelne Unternehmen oder Staaten lehnen wir ab.

Die INI146 will, dass Eigentümer, Betreiber und wirtschaftlich Begünstigte von Kerntechnischen Anlagen vollständig unter staatlicher Aufsicht stehen und ihre Vermögen eingefroren werden, um volkswirtschaftliche Schäden aufgrund bisheriger unsachgemäßer Zwischen- und Endlagerungen kompensieren zu können. Als Rechtsmittel der Anlagenbetreiber dürfen Schiedsgerichtsverfahren nicht zugelassen werden.

Kernenergiefreies Europa

Atomunfälle machen nicht an den Grenzen halt. Die INI146 will sich dafür einsetzen, dass auch auf europäischer Ebene die Nutzung der Kernenergie mit sofortiger Wirkung vollständig eingestellt wird. Bestehende Anlagen sind in ganz Europa stillzulegen, neue nicht mehr zu bauen, zu fördern oder zu exportieren.

Deutschland ist kein Transitland für spaltbares Material

Die INI146 lehnt die Einfuhr, Durchfuhr, Transport, Bearbeitung jeglicher Art, die Ausfuhr von Kernbrennstoffen, deren Vorläufern, Fertigprodukten, Roh- und Hilfsstoffen ab.

<http://www.ini146.de>

Kein AKW-Rückbau ohne Endlager

Der Rückbau kerntechnischer Anlagen darf erst mit dem Vorhandensein eines bundesdeutschen Endlagers und der sicheren Einlagerung in dieses zulässig sein. Die bisherigen Eigentümer und Betreiber müssen bis dahin für die bauliche Sicherung, den Schutz vor jedwedem Zugriff sowie in der Bereitstellung der finanziellen Mittel unbegrenzt in die Verantwortung genommen werden. Neue Gesellschaftsformen oder Aufspaltung von Unternehmen dürfen nach Auffassung der INI146 nicht als Ausstiegsmodell aus der gesellschaftspolitischen Verantwortung hingenommen werden.

In Anbetracht der Halbwertszeiten wollen wir, dass Gewinne dieser Unternehmen solange nicht ausgeschüttet werden dürfen, bis die realistisch erscheinenden Kosten für einen sicheren Lagerungszeitraum von mindestens 100 Jahren bei der Bundesbank hinterlegt sind.

Endlagerung radioaktiver Stoffe

Die INI146 fordert, die dezentral angelegten existierenden Lagerstätten von radioaktivem Müll aufzulösen und die Stoffe an einer zentralen Stelle zu lagern. Unterirdische Lagerstätten wie die Asse sind unverzüglich zu räumen. Mit Hochdruck ist eine zentrale Lagerstätte für den bisher entstandenen radioaktiven Abfall zu schaffen. Da die bisher zur Verfügung stehende Technik eine sichere Lagerung für mehrere tausend Jahre nicht gewährleisten kann, ist eine Lagerstätte, gegebenenfalls auch überirdisch mit einer Lebensdauer von mindestens 100 Jahren vorzusehen. Kommenden Generationen muss die Möglichkeit gegeben werden, auf die rückholbar gelagerten Abfälle zugreifen zu können. Die bisherigen Eigentümer und Betreiber von kerntechnischen Anlagen sind in der Pflicht technische Unterstützung zu leisten und die Kosten hierfür zu übernehmen.

Stand vom 24.01.2017

Die sichere Endlagerung radioaktiver Stoffe als Zukunftsaufgabe

Die sichere Lagerung radioaktiver Abfälle wird die Menschheit noch Jahrhunderte beschäftigen. Um diese damit verbundenen Prozesse bewältigen zu können, benötigen wir ein umfassendes Forschungs- und Entwicklungsprogramm. Wir wollen, dass Deutschland Weltmarktführer auf diesem Gebiet wird und eine Vorbildfunktion bei der Lösungserarbeitung einnimmt.

Abfalldeponien als Rohstoffquelle

Die in aufgelassenen Bergwerken und anderen unterirdischen Lagern verbrachten Abfälle wollen wir zu Lasten der Einlagerer zurückholen; sämtliche Deponien sind zu öffnen. Die in der Vergangenheit eingelagerten Materialien können mit heutigem Wissen und Technik als wertvolle Rohstoffquelle dienen. Heute noch nicht verwertbare Stoffe sind nach aktuellem Stand der Technik für Mensch und Umwelt sicher einzulagern, um zu einem späteren Zeitpunkt gegebenenfalls Zugriff nehmen zu können.

Wertstoffketten

Ressourcen für die nachkommenden Generationen zu erhalten und zu bewahren sind Aufgaben für Staat und Bürger. Daher sind in allen Produktionsprozessen der Wirtschaft geschlossene Wertstoffketten anzustreben. Die INI146 will sich dafür einsetzen, dass alle Hersteller oder deren Vertreter, die in Deutschland Produkte in Verkehr bringen, verpflichtet werden, einen Nachweis über die verwendeten Rohstoffe zu erbringen. Hierzu gehört ebenso auch die Dokumentation über entstandene Abfallprodukte und deren Entsorgung innerhalb der bisherigen Herstellungsprozesse.

<http://www.ini146.de>

XVIII. EU abwickeln und Europa neu bauen

Soziales und direkt-demokratisch legitimiertes Europa

Die INI146 steht für ein soziales Europa von und für Menschen.

Der Gedanke „Europa“ ist durch die EU schwer geschädigt und in Mitleidenschaft gezogen worden. Europa kann es nur direkt-demokratisch legitimiert geben. Die Menschen Europas selbst müssen durch ein europaweites Grundreferendum entscheiden können, ob und wenn ja, in welcher Form und Ausprägung sie sich Europa wünschen. Auch für das Projekt Europa gilt die Aussage von Jean-Jacques Rousseau: Das den Gesetzen unterworfenen Volk muss auch deren Urheber sein.

Den weiteren Ablauf können wir uns wie folgt vorstellen:

Mit dem oben genannten Grundreferendum entscheiden die Bürger Europas zusätzlich, ob die EU in der jetzigen Form vorerst bis zu einem bestimmten Zeitpunkt in Teilen oder in Gänze weiterbestehen soll oder in Teilen und Gänze „abgeschaltet“ wird.

Über die weitere Ausrichtung Europas wird ein europaweiter Diskurs zu führen sein, für den sich die INI146 einen Zeitraum von 12 Monaten vorstellt.

Für eine demokratische Neuausrichtung ist die Wahl eines rein europäischen Parlaments nötig. Dies setzt voraus, dass möglichst alle bisherigen Funktionsträger, die direkt oder indirekt mit der EU in Verbindung standen, von ihren Ämtern entbunden werden und eine politische Auszeit von mindestens 5 Jahren nehmen. Wir wollen, dass dieser Neubeginn mit einer frischen unbelasteten Parlamentariergeneration, die von allen Bürgerinnen und Bürgern Europas zu

wählen ist, verbunden ist.

Die zu erledigenden Aufgaben des ersten direkt-demokratisch gewählten Europäischen Parlaments stellen wir uns wie folgt vor:

- Schaffung eines für alle Europäischen Staaten einheitlich geltenden Steuerrechts;
- Schaffung eines für alle Europäischen Staaten einheitlich geltenden Sozialsystems;
- Schaffung eines für alle Europäischen Staaten angepassten und national ausgerichteten bedingungslosen Grundeinkommens;
- Schaffung eines einheitlichen Bildungssystems (unter Einbeziehung der Weltsprache Englisch als allgemeine europäische Verständigungssprache);
- Schaffung eines für alle Europäischen Staaten einheitlich geltenden Datenschutz- und Informationsgesetzes;
- ein einheitlich geltenden Atomausstieg sowie die Schaffung eines für alle Europäischen Staaten einheitlich geltendes Energie-, Umwelt- und Abfallrecht;
- Schaffung eines gemeinsamen digitalen Verteidigungsbündnisses (Cyber War);
- für eine Übergangszeit Rückkehr zu den vorherigen nationalen Währungen;
- vollständige und ausnahmslose Besteuerung aufgelaufener Spekulationsgewinne;
- Schuldenschnitt;

- Staatsverschuldung in allen Ländern nur durch Kreditaufnahme bei den nationalen Bundesbanken (überwacht und genehmigt durch Volksabstimmungen);
- die Einführung eines europaweiten und einheitlichen Solidarbeitrages für europäische Aufgaben;
- ein einheitliches für alle Europäische Staaten geltendes Asylrecht, das sich am *Recht, Rechte zu haben* orientiert. Hierzu zählen alle existenzbedrohenden Gründe, denen Menschen ausgesetzt sind.

Diese europäischen Gesetze sollen jeweils in den Nationalstaaten abgestimmt werden, um die bestehenden nationalen Gesetze sukzessive ablösen zu können. Die Staaten, in denen die europäischen Gesetze Zustimmung gefunden haben, bilden das künftige Europa.

Danach ist eine europäische Regierung aus den Mitgliedern des europäischen Parlamentes zu wählen.

Offene Grenzen

Offene, vorzugsweise keine, Grenzen zwischen den Staaten Europas, freies und ungehindertes Reisen sowie ein selbstbestimmtes Aufenthaltsrecht für alle Bürger Europas müssen nicht nur als unumkehrbar gelten, sondern auch politisch in den jeweiligen Nationalstaaten umgesetzt werden.

XVIX. Globales Rechtssystem

Vereinte Nationen neu konzipieren

Wir wollen daran und dafür arbeiten, dass der Sicherheitsrat in der jetzigen Form (ständige Mitglieder, Vetorecht) abgeschafft wird und in Zukunft demokratischen Grundsätzen unterliegt.

Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) stärken

Der Internationale Strafgerichtshof ist dafür zuständig, um Verbrechen gegen das Völkerrecht und gegen die Menschlichkeit auf internationaler Ebene zu verfolgen, sofern kein nationales Verfahren möglich ist. Bisher können sich Staaten wie u. A. die USA, Russland oder China dieser Gerichtsbarkeit entziehen, weil sie dem Römischen Statut nicht beigetreten sind. Hintergrund ist, dass insbesondere Staaten, die ihre Armeen im Ausland einsetzen, befürchten, dass ihre Soldaten, Offiziere und politisch Verantwortlichen vor dem Internationalen Strafgerichtshof zur Rechenschaft gezogen werden könnten.

Die INI146 ist der Auffassung, dass jedes Gericht unabhängig sein muss; keiner soll sich der Gerichtsbarkeit entziehen können. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass der Internationale Strafgerichtshof mit den nötigen Mitteln und Ressourcen ausgestattet wird, damit schnellere und direkte Verfahren ermöglicht werden können.

Internationale Durchgriffsmöglichkeiten schaffen

Wir wollen uns dafür einsetzen, dass rechtsstaatliche Strukturen mit ihren dazugehörigen Organen (Gesetzgebung, Justiz, Polizei, Armee) auf die globale Ebene transferiert werden. Die Menschenrechte sind als allgemeinverbindlich zu betrachten. Kein Staat, keine Regierung und keine Person hat das Recht, sie zu unterlaufen oder aufgrund einer bestimmten Staatszugehörigkeit auf nationaler Ebene einzuschränken.